

Protokoll Nr. 27 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Beirats Schwachhausen am 30.06.2022 im Focke Museum (Hybrid-Sitzung)

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 22:15 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|---|---|
| a) vom Beirat | Dr. Christine Börner
Christian Carstens
Gudrun Eickelberg
Sandor Herms Herms
Klaus-Peter Land
Kay Middendorf
Maria Schmidt
Dr. Hans-Peter Volkmann | Jan Brockmann (ab 20:00 Uhr)
Hela Dumas
Dr. Vera Helling
Anje Hoffmann-Land
Jörn H. Linnertz
Gabriele Schmid
Dr. Wolfgang Schober |
| b) vom Ortsamt | Ralf Möller
Thomas Berger | |
| c) Gäste | Jens Eckhoff, Ralph Saxe (Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft (MdBB)) (zu TOP 2) | |

Das Protokoll Nr. 26 der Beiratssitzung am 19.05.2022 wird genehmigt.

Anschließend wird die Tagesordnung ergänzt: Als neuer TOP 5 wird „Bericht aus der Beirätekonferenz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes“ eingefügt. Mit dieser Ergänzung wird die Tagesordnung genehmigt.

TOP 1: Bürger*innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus der Bevölkerung

Zwei Mitarbeiterinnen der Stadtteilfiliale der Sparkasse Bremen teilen mit, dass die Stadtteilfiliale Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Ausstellungen zur Verfügung stelle.

Mitteilungen aus dem Beirat

Dr. Vera Helling problematisiert, dass auf dem Grundstück des ehemaligen Medienhauses, Schwachhauser Heerstraße 78, nach Beobachtung von Anwohner*innen Grundwasser abgepumpt werde. Allerdings liege hierfür keine Genehmigung vor.¹

Gabriele Schmidt teilt mit, dass zur beabsichtigten Bebauung der „Horner Spitze“ ein Rundgang geplant sei; der Termin stehe aber noch nicht fest.

Dr. Wolfgang Schober erklärt, dass der Weser Kurier über die Aufgabe des Förderzentrums Fritz-Gansberg-Straße berichtet habe. Dem Beirat lägen hierzu aber keine Informationen vor.

Thomas Berger erwidert, dass sich der Fachausschuss „Bildung und Kinder“ am 11.07.2022 mit der Zukunft des Förderzentrums befassen werde.

¹ Nachrichtlich: Das zuständige Referat aus dem Haus der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) teilte hierzu am 06.07.2022 mit: In der Kalenderwoche 26 (27.06.-01.07.2022) sei auf dem Grundstück ein Bodenaustausch vorgenommen worden. In diesem Zusammenhang sei eine Drainage eingebracht und Wasser abgepumpt worden, es sei aber keine Grundwasserabsenkung erfolgt. Ein Antrag auf Grundwasserabsenkung liege inzwischen für zwei Bauphasen vor (zwei Wochen bzw. drei Wochen). Der Antrag sei noch nicht vollständig und es sei anschließend mit einer Bearbeitungszeit von sechs bis acht Wochen zu rechnen.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Herr Möller teilt Folgendes mit:

- Anlässlich von Anwohner*innen-Beschwerden und Nachfragen aus den Gremien habe er mit Umweltbetrieb Bremen (UBB) gesprochen, ob die Wegeverbindung durch den Grünzug an der Kirchbachstraße wieder geöffnet werden könne. Die Wegeverbindung sei seit etlichen Monaten gesperrt, weil UBB im Auftrag der Senatorin für Kinder und Bildung (SKB) den Schulhof der Grundschule An der Gete saniere und auf dem Schulhof des Förderzentrums Georg-Droste-Schule die Spielfläche erweitere. Das Bau-Volumen umfasse knapp 1,4 Mio. €. Um vor Ort Baumaterialien lagern zu können und um die Baustellenzufahrt aus der Arensburgstraße zu gewährleisten, sei der Grünzug abgesperrt worden. Bis Ende August 2022 würden die Arbeiten auf dem Schulhof der Grundschule abgeschlossen, der Einbau weiterer Spielgeräte auf dem Schulhof der Georg-Droste-Schule werde jedoch erst zum 17.12.2022 erfolgen. Die Wegeverbindung werde jedoch zwischenzeitlich nicht geöffnet, weil die Baustraße mit einem Höhenversatz zur umliegenden Fläche angelegt worden sei, so dass eine Absturzgefahr bestehe. Ein zwischenzeitlicher Rückbau erfolge aus Kostengründen nicht. Die Baustraße sei zwar in einem besseren Zustand als die vorherige Wegeverbindung, werde aber nach dem endgültigen Abschluss der Baumaßnahmen trotzdem wieder zurückgebaut, weil die vorhandene Entwässerung des Grünzugs überbaut worden sei und eine Entwässerung in den benachbarten Grünzug und damit auch in die niedriger gelegenen Nachbargrundstücke erfolgen müsste - dies sei unzulässig. Der Fachausschuss „Umwelt und Klimaschutz“ könne die Thematik aufgreifen, da die nicht mehr funktionsfähigen Abläufe durch Rigolen ersetzt werden könnten;
- wie auf der letzten Beiratssitzung ausgeführt, stelle die wesernetz Bremen GmbH kein finanzielles Budget für den Stadtteil Schwachhausen als erweiterte Kompensation für Eingriffe in die Umwelt im Zuge des Baus der Fernwärmeverbindungsleitung zur Verfügung, sondern habe eine stadtweite Umweltinitiative ins Leben gerufen.² Er bitte die Gremienmitglieder, geeignete Themen vorzuschlagen, Vereine und Initiativen anzusprechen und damit für die Umweltinitiative zu werben. UBB dürfe im Rahmen dieser Umweltinitiative nicht tätig werden. Ergänzend weist Kay Middendorf darauf hin, dass UBB am Planfeststellungsverfahren für den Bau der Fernwärmeverbindungsleitung beteiligt gewesen sei und deshalb aus Gründen der Korruptionsbekämpfung mit Mitteln aus der Umweltinitiative der Bauherrin nicht bedacht werden dürfe.

TOP 2: Bericht der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“

Ralf Möller weist eingangs darauf hin, dass die Ergebnisse der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ der Bremischen Bürgerschaft auch den Stadtteil Schwachhausen betreffen.³ Der Vorsitzende der Enquetekommission habe deren Ergebnisse bereits dem Beirat Vahr vorgestellt.

Anschließend stellen die Mitglieder der Enquetekommission Jens Eckhoff (CDU) und Ralph Saxe (Grüne) an Hand derselben Präsentation die Ergebnisse der Enquetekommission vor.⁴

Jens Eckhoff betont dabei, dass die Enquetekommission parteiübergreifend sehr zielgerichtet gearbeitet und von der Beteiligung hochrangiger Sachverständiger profitiert habe. Umso wichtiger sei es, deren Ergebnisse breit zu kommunizieren, so auch in die Beiräte. Die von der Enquetekommission ausgesprochenen Empfehlungen seien im Vergleich der Bundesländer sehr ambitioniert und der vorgeschlagene Zeitablauf sehr eng getaktet. Die Potentiale für Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Bremen seien noch nicht ausgeschöpft. Gleiches gelte für die Fernwärme, allerdings müsse mit der vorgesehenen Dekarbonisierung der Fernwärmeerzeugung umgehend begonnen werden.

Ralph Saxe betont, dass der Beitrag des Verkehrssektors zum Erreichen der Klimaziele bisher

² Siehe hierzu [Protokoll Nr. 25 \(TOP 2\)](#) sowie die Anlage [Stellungnahme der swb-Umweltinitiative zur Kompensation der Baumersatzpflanzungen](#).

³ Für weitere Informationen zur Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ siehe unter [Bremische Bürgerschaft: Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“](#) (bremische-buergerschaft.de).

⁴ Die Präsentation ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

enttäuschend ausfallen, technologische Fortschritte würden von einer wachsenden Anzahl motorisierter Fahrzeuge ausgeglichen. Insbesondere müsse für den ÖPNV mehr Personal zur Verfügung stehen, weshalb entsprechenden Studiengängen eine besondere Bedeutung zukomme. Außerdem müsse der Ausbau der Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität deutlich beschleunigt werden.

Der Senat, so Jens Eckhoff, beabsichtige, im Herbst einen Finanzierungsplan für die Umsetzung der von der Enquetekommission vorgeschlagenen Maßnahmen vorzulegen.

Ralph Saxe und Jens Eckhoff sind sich einig, dass es sich um eine „verdammt schwere Aufgabe“ handle.

Auf Nachfragen und Anregungen aus dem Beirat erwidern Ralph Saxe und Jens Eckhoff:

- Das Begrünungsortsgesetz solle nachgeschärft werden, um noch weitergehend versiegelten Vorgärten begehen zu können, auch solle die Fläche, ab der ein Dach zu begrünen wäre, herabgesetzt werden,
- die Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität müsse vielseitiger werden, bspw. sei zu klären, ob auch an Lampenmasten Ladevorgänge möglich seien;
- es müsse ein Mobilitätsgesetz in die Wege geleitet werden. Insgesamt müssten die vorgesehenen Maßnahmen schneller in die Wege und schneller umgesetzt werden, dies betreffe dies besonders den Bereich des ÖPNV und damit die BSAG. Für die BSAG seien bereits neue Straßenbahnen und 50 neue E-Busse geordert worden, aber dies reiche nicht aus;
- die erforderliche Verkehrswende müsse mit einer veränderten Nutzung öffentlicher Flächen verknüpft werden. Dabei sei die Entsiegelung von Flächen und die Anpflanzung weiterer Bäume wesentlich. Dabei könnten sich die Beiräte besonders einbringen;
- hinsichtlich der Einrichtung weiterer Bewohnerparkzonen gebe es in der Regierungskoalition unterschiedliche Herangehensweisen, das betreffe auch die Einbeziehung der Beiräte. Denkbar sei z.B. die Einrichtung stadtweiter Bewohnerparkzonen, was dann allerdings in die Zuständigkeit der Stadtbürgerschaft fiele;
- die verabredeten Maßnahmen seien nur gemeinsam umsetzbar. Die Zusammenarbeit in der Enquetekommission habe bewiesen, dass parteiübergreifendes Handeln möglich sei, aber dies müsse noch weiter ausgebaut werden. Es sei wichtig, politische Prioritäten zu setzen und der Verwaltung aus der Politik Unterstützung zu signalisieren;
- es werde im Zuge der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen noch zu erheblichen politischen Diskussionen kommen, auch in den Beiräten. Das betreffe u.a. die Finanzierung der Maßnahmen, den Umfang der Beteiligung sowie die Beschleunigung von Verfahren.

Die Mitglieder des Beirats signalisieren Unterstützung für die von der Enquetekommission erarbeiteten Vorschläge, zeigen sich aber v.a. hinsichtlich der Finanzierbarkeit der Maßnahmen und des engen Zeitplans für deren Umsetzung skeptisch.

Ralf Möller berichtet, dass die wesernetz Bremen GmbH auf Nachfrage mitgeteilt habe, Anfragen zum Ausbau des Fernwärmenetzes und zum zukünftigen Anschluss weiterer Grundstücke zeitnah zu beantworten.

TOP 3: Globalmittelanträge 1. Runde 2022 - Nachträge

Ralf Möller berichtet, dass es zu den bislang beschlossenen Globalmittelanträgen drei Nachträge gebe: Das Focke Museum habe wie vom Fachausschuss „Globalmittel, Koordination und Prävention“ (KoA) gefordert einen überarbeiteten Antrag für Fockes Fest vorgelegt und die Ev. St. Remberti-Gemeinde habe neben einem Antrag für eine Ferienfreizeit für Familien an der Ostsee kurzfristig einen Antrag für eine zweite Ferienfreizeit für Frauen aus der Ukraine und deren Kinder gestellt.⁵

⁵ Der Beirat hat auf seiner Sitzung am 28.04.2022 über die Globalmittelanträge aus der 1. Vergaberunde entschieden, siehe [Protokoll Nr. 25](#) (TOP 2) und die Anlage [Globalmittelvergabe 1. Runde](#). Zu dieser Sitzung lag der Antrag des Focke Museums für „Fockes Fest“ noch nicht vor.

In der Beiratssitzung am 19.05.2022 wurde über einen Globalmittelantrag des Vereins „Die Wachmannstraße“ für das Wachmannstraßenfest entschieden, siehe [Protokoll Nr. 25](#) (TOP 3) und die Anlage [Globalmittelantrag – Nachtrag zur 1. Runde 2022 - Fragen und Antworten Wachmannstraßenfest](#).

Nima Pirooznia erläutert für das Focke Museum, dass das Bühnenprogramm ausgeweitet worden sei, dafür sei auf die Moderation verzichtet worden.

Dr. Wolfgang Schober reklamiert, dass der Globalmittelantrag Personalkosten aufführe.

Dazu stellt Nima Pirooznia richtig, dass die Angestellten des Focke Museums auf Fockes Fest auch als solche tätig seien und nicht aus Globalmitteln finanziert würden. Die aufgeführten Honorare entfielen z.B. auf engagierte Künstler*innen und die anwesenden Sanitäter*innen.

Ralf Möller lässt über diesen Globalmittelantrag abstimmen: Er wird mit 12 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen (Linke) und 1 Enthaltung angenommen.

Zu den Globalmittelanträgen der Ev. St. Remberti-Gemeinde berichtet zunächst Klaus-Peter Land als Sprecher des KoA, dass der KoA den Globalmittelantrag für eine Familien-Freizeit zustimmend beraten habe. Der zweite Antrag der Gemeinde habe zur Sitzung des KoA noch nicht vorgelegen.

Zum zweiten Globalmittelantrag der Ev. St. Remberti-Gemeinde erläutert eine Vertreterin der Gemeinde, dass die Idee zu dieser Freizeit sehr kurzfristig entstanden sei. Deshalb falle die beantragte Summe auch höher aus als bei den bereits beantragten Globalmitteln für die andere Freizeit, weil finanzielle Mittel aus anderen Quellen wegen Fristablauf nicht mehr beantragt werden könnten. Die Gemeinde werde voraussichtlich noch Gelder aus der Diakonie-Kasse und aus Spenden beisteuern, der veranschlagte Tagessatz für das gemeindeeigene Freizeitheim an der Ostsee sei jedoch nicht kostendeckend. Die teilnehmenden Personen kämen alle aus dem Stadtteil Schwachhausen.

Ralf Möller lässt mit Zustimmung des Beirats über diese beiden Anträge en bloque abstimmen: Sie werde mit 13 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme (Linke) und 1 Enthaltung befürwortet.⁶

TOP 4: Fahrradstraße H.-H.-Meier-Allee

Ralf Möller erklärt eingangs, dass zu diesem Sachverhalt zunächst die Fraktion der Grünen einen Antrag vorgelegt habe, der im Vorfeld der letzten Sitzung des Fachausschusses „Verkehr“ am 28.06.2022 zu einem gemeinsamen Antrag von Grünen und SPD umgearbeitet worden sei, der auf der Fachausschusssitzung aber nicht die einstimmige Zustimmung des Gremiums gefunden habe.⁷

Klaus-Peter Land begründet den Antrag damit, dass die augenblickliche Baustelle in der H.-H.-Meier-Allee eine geänderte Verkehrsführung erforderlich mache. So werde der Radverkehr stadtein- wie -auswärts gegenwärtig zusammen mit dem stadtauswärtigen Kfz-Verkehr auf einer Spur geführt. Das scheine zu funktionieren und könnte deshalb für die zukünftige Verkehrsführung auf der H.-H.-Meier-Allee übernommen werden. Damit wären zwei Gefahrenstellen aufgehoben: Zum einen querten viele Radfahrende stadteinwärts die H.-H.-Meier-Allee an der Kreuzung mit der Crüsemannallee und an der Kreuzung zum Schwachhauser Ring müsse der Radverkehr bislang ebenfalls die Fahrbahn queren. Mit dem Antrag werde die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) aufgefordert, für die gewünschte Verkehrsführung Umsetzungsvorschläge zu unterbreiten.

Dr. Hans-Peter Volkmann erwidert, dass die CDU-Fraktion den Antrag im Anschluss an die Sitzung des Fachausschusses „Verkehr“ nochmals beraten habe und sich nunmehr eine Zustimmung vorstellen könne, wenn eine weitere Fahrradstraße, wie sie für die Parkallee (zwischen Am Stern und Zur Munte) im Gespräch gewesen sei, nicht zusätzlich verfolgt werde.

Kay Middendorf gibt ergänzend zu bedenken, dass die Parkallee auch für eine Verlängerung der Straßenbahnlinie 8 zur Universität vorgesehen sei. Eine Kombination aus Fahrradstraße, Straßenbahn und Kfz-Verkehr sehe er nicht als sinnvoll an.

Dr. Christine Börner, Jörn H. Linnertz und Dr. Wolfgang Schober setzen sich dafür ein, dass der vorgelegte Antrag entsprechend ergänzt wird.

⁶ Die Übersicht zur Vergabe der Globalmittel aus der 1. Vergaberunde ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

⁷ Zur Sitzung des Fachausschusses „Verkehr“ am 28.06.2022 siehe in XX (TOP 5). Der in Rede stehende Antrag ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

Anschließend stellt Jan Brockmann einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragt die Beendigung der Aussprache und anschließende Abstimmung.

Zunächst lässt Ralf Möller über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen: Er wird bei 4 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Beirat verständigt sich letztlich darauf, den ersten Absatz des vorgelegten Antrags wie folgt neu zu fassen:

„Der Beirat Schwachhausen bittet die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau einerseits um Vorschläge für die Einrichtung einer Fahrradstraße in der H.-H.-Meier-Allee auf der stadtauswärtigen Fahrbahn zwischen Schwachhauser Ring und Wätjenstraße und andererseits um Darlegung und Erläuterung der Planungen im Bereich der Parkallee zwischen Am Stern und Zur Munte.“

Ralf Möller lässt über den ergänzten Antrag abstimmen: Er wird mit 13 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung angenommen.

TOP 5: Bericht aus der Beirätekonzferenz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes

Gudrun Eickelberg berichtet, dass auf der heutigen Sondersitzung der Beirätekonzferenz über die beabsichtigte Änderung des Bremischen Wahlgesetzes informiert worden sei.⁸ Ein Teil der Änderungen betreffe auch die Beiräte. Nach § 53 des Bremischen Wahlgesetzes müssten diese bislang über Einsprüche gegen die Wahl zu den Beiräten entscheiden. Einsprüche habe es bei der letzten Wahl 2019 gegeben, in deren Folge betroffene Beiräte den Wunsch geäußert hätten, das Verfahren zu ändern und Einsprüche wie bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft dem Wahlprüfungsgericht zuzuweisen. Dem solle nun entsprochen werden.

Der Beirat nimmt zustimmend von der beabsichtigten Änderung des Bremischen Wahlgesetzes Kenntnis.⁹

TOP 6: Verschiedenes

Ralf Möller weist abschließend darauf hin, dass der Beirat am 25.08.2022, 19.30 Uhr, zu seiner nächsten Sitzung zusammenkommen werde. Der Fachausschuss „Globalmittel, Koordination und Prävention“ werde sich vorab am 18.08.2022, 18 Uhr, zu einer nicht-öffentlichen Sitzung treffen.

Sprecherin

Vorsitzender

Protokoll

Eickelberg

Möller

Berger

⁸ Weitere Informationen sind der Präsentation anlässlich der Sondersitzung der Beirätekonzferenz zu entnehmen. Diese ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.

⁹ Bei dieser Willensäußerung des Gremiums war das Beiratsmitglied Jan Brockmann nicht zugegen.